

Thilo Sarrazin

Souveränität

Vortrag bei der AUNS am 28. August 2021 in Bern

Der heutigen Einladung bin ich gern gefolgt. Die Bemühungen der Schweiz, bei aller Weltoffenheit als kleines Land doch einen sehr eigenständigen Kurs zu steuern, verfolge ich seit Jahrzehnten mit großer Sympathie.

Die NZZ hat mich schon in den siebziger Jahren durch ihre sachliche und gleichmäßig distanzierte Berichterstattung über das gesamte Weltgeschehen beeindruckt. Seit 11 Jahren lese ich regelmäßig die Weltwoche. Meine früheste Informationsquelle über die Schweiz war aber seit den sechziger Jahren der Walliser Bote, denn meine Familie machte regelmäßig Skiurlaub in Bellwald im Oberwallis. Wir mieteten dort das Chalet eines Lehrers aus Brig.

Bellwald hatte damals noch keinen Straßenanschluss, sondern war im Winter lediglich über eine kleine Kabinenbahn vom Bahnhof Fürgangen aus zugänglich. Strom war erst im Jahr 1935 verlegt worden. Unser freundlicher Vermieter machte bisweilen launig-kritische Bemerkungen über die Zuverlässigkeit der „Welschen“, und ich begann mich, auch mit Hilfe des Walliser Boten, für das Zusammenleben im schon immer zweisprachigen Wallis zu interessieren, wo mal der Bischof aus Brig und mal der Bischof aus Sion die Oberherrschaft hatte und die Sprachgrenze am Talboden hin und her wanderte.

Ich lernte, dass auch in der Schweiz nicht immer eitel Harmonie herrschte und die Auseinandersetzung der Ur-Kantone mit den Habsburgern keineswegs die einzige Konfliktquelle war. Es ging auch um den Streit der Konfessionen, um geistige und weltliche Macht, um den Gegensatz von Stadt und Land, die Unabhängigkeit und Selbstverwaltung der Städte und die Auseinandersetzung zwischen den Sprachgruppen. Auch in der Schweiz galt immer Schillers Wort

„Es kann der Frömmste nicht in Frieden leben, wenn es dem bösen Nachbarn nicht gefällt.“

Erst als Napoleon kam, alles durcheinanderwarf und eine regionale Neuordnung schuf, wurde der Boden bereitet für die moderne Schweiz, die sich als „Willensnation“ bezeichnet – ein wie ich finde sehr schönes Wort – denn es zeigt die Bereitschaft zur Anstrengung und Gestaltung.

Die demokratischen Prozesse in der Schweiz, so wie ich sie im Walliser Boten und anderen Medien verfolgen konnte, fand ich immer sehr anstrengend und aufwendig. Manches dauerte eben etwas länger. Das galt nicht nur für das Stimmrecht der Frauen, sondern z.B. auch für den Straßenbau. Zuerst fuhren wir mit der Bahn, dann mit dem Auto ins Wallis und später auch ins Engadin. Die deutsche Autobahn endete unvermittelt an der Staatsgrenze bei Lörrach, und viele Jahre konnten wir in langsamer Vorbeifahrt die Fassade des Badischen Bahnhofs bewundern, während im Kanton Basel über die Führung der Autobahntrasse diskutiert und später vor dem Bahnhof der Tunnel gebaut wurde. Noch länger dauerte es mit der südlichen Umfahrung von Zürich auf dem Weg nach Chur, und so wurden wir im Stau gute Kenner des Baustils der Züricher Vorstädte.

Die Schweizer Verwaltung kann aber auch sehr pragmatisch sein. In den achtziger Jahren gerieten wir auf dem Weg von Bern nach Kandersteg in eine Radarfalle. Die Polizei winkte uns raus, und es war eine saftige Strafe von 170 Franken fällig. Ich schaute mich um, nur deutsche Autos waren angehalten worden, aber alle Autos, Deutsche, Belgier, Schweizer etc. waren im Kolonnenverkehr gleich schnell gefahren. Ich verwies auf den rauschenden Verkehr „Die fahren doch alle genauso schnell“. Der Polizist zuckte gleichmütig mit den Schultern „Wir haben aber **Sie** angehalten.“ Seitdem durchquere ich die Schweiz nur noch mit eingeschaltetem Tempomaten.

In den siebziger Jahren entnahm ich dem Walliser Boten, dass die Gurtanlagequote in der Schweiz sehr unterschiedlich war: Am höchsten in der Deutschschweiz, niedriger in der französischen Schweiz und am niedrigsten im Tessin. Aha, dachte ich, so zeigen sich die Eigenarten der Völker eben auch in der Schweizer Willensnation. Dazu gehört auch, dass jeder auf seine Weise spricht, auch wenn das bisweilen etwas babylonisch klingt.

Der Geschäftsführer des Genfer Flughafens, den ich Mitte der achtziger Jahre als Bonner Ministerialbeamter bei einem Arbeitsbesuch dort kennenlernte, erklärte mir auf Englisch, dass die Deutschschweizer sowieso Schweizer Dialekt sprächen, deshalb sei es für ihn sinnlos, hochdeutsch zu lernen. Gleichwohl, irgendwie haben die Schweizer immer geschafft, sich miteinander zu verständigen, sonst wären sie nicht so lange schon unter einem Dach. Daran sollten sich die Engländer, Iren und Schotten mal ein Beispiel nehmen. Auch eine gemeinsame Sprache reicht nicht ohne weiteres aus, um Einigkeit zu sichern. (Zum Thema Brexit komme ich später.)

Aber ohne Scherz: Ich bewundere die Schweizer Mischung von Pragmatismus, Eigensinn und Grundsatztreue und auch die Energie, mit der politische Diskussionen – ob sich um große oder kleine Fragen handelt – zumeist gründlich und auch bis zum Ende geführt werden.

Mag manche Entscheidung so auch liegenbleiben – bei vielen Dingen ist es doch besser, eher spät als falsch zu entscheiden.

Als in Deutschland von 2003 bis 2005 die sog. Reformen des Arbeitsmarktes diskutiert wurden, wegen denen die SPD mit ihrem Bundeskanzler Gerhard Schröder damals fast auseinanderbrach, interessierte ich mich dafür, wie die Schweizer zu ihrer niedrigen Arbeitslosigkeit und ihren hohen Einkommen kamen. Ich stellte dann fest, dass das Sozialprodukt in der Schweiz, bezogen auf die geleistete Arbeitsstunde, auch nicht höher war als in Deutschland. Aber im Verhältnis zur erwerbsfähigen Bevölkerung gab es in der Schweiz mehr Arbeitskräfte, und diese arbeiteten durchschnittlich länger. Das Geheimnis des Schweizer Wohlstands lag also schlicht und ergreifend: in mehr Arbeit – und in einem Sozial- und Rechtssystem, das die Menschen dabei nicht so sehr behinderte, wie damals in Deutschland.

Auch das beharrliche Festhalten an der eigenen Währung zählt zu den Schweizer Erfolgsgeheimnissen: 1971 wurde unser kleiner Ferienort Bellwald mit dem Rhonetal durch eine Straße verbunden. In Bellwald entstanden neue Chalets, die für 100.000 Franken verkauft wurden. Meine Eltern zögerten, am Ende kauften sie doch nicht. Damals kostete

der Franken 70 Pfennig, heute kostet er, umgerechnet in die alte Währung, 1,80 D-Mark. Hätten sie damals doch bloß gekauft! Ich wäre heute ein wohlhabender Schweizer Immobilienbesitzer! Die ständige Aufwertung des Frankens hat der Schweizer Wirtschaft nicht geschadet, sondern sie frisch und fit gehalten. Deutschland dagegen liefert, eingezwängt in die Euro-Währungszone, seine hochwertigen Waren durchweg zu billig ins Ausland.

Deutschland hat zumindest bei der Währung seine Souveränität verloren. Die Schweiz hat sie gewahrt, und das ist jetzt ihr Vorteil.

Jeder Vergleich zwischen Deutschland und der Schweiz hinkt immer kräftig, und doch sind solche Vergleiche aufschlussreich. Die Schweiz konnte im Mittelalter entstehen und bis in die Neuzeit überleben, weil sie in ziemlich unwegsamem Gelände an der Grenze zweier Machtbereiche, dem deutschen und dem französischen lag. Der dritte große Nachbar Italien entstand als moderner Staat ja erst, nachdem sich die Schweiz 1848 endgültig als Bundesstaat konstituiert hatte.

Bei allen großen europäischen Auseinandersetzungen, die noch folgen sollten – der deutsch-französische Krieg 1870/71, der Erste und Zweite Weltkrieg, später der Kalte Krieg zwischen Ost und West – wurde die Neutralität der Schweiz durch die Randlage erleichtert und gefördert – ein bisschen vergleichbar dem gleichfalls in Randlage befindlichen Schweden. Hätte der historische Zufall die Schweiz auf das Gebiet des heutigen Belgiens verlegt, so hätte die Schweizer Neutralität im 20. Jahrhundert keine Chance gehabt. Die Neutralität war eine Rezeptur, die in den Verwicklungen des 20. Jahrhunderts wunderbar zur Schweiz passte, aber eben auch nur dort.

Es ist das Privileg und das Risiko von Staaten und Nationen, sich für **ihren** Weg durch die Geschichte zu entscheiden. Es bleibt ihnen aber auch nicht erspart, mit den Konsequenzen ihrer Entscheidung zu leben. Und sie sollten vorsichtig damit sein, aus ihren Entscheidungen allgemeine Konsequenzen für das Wohl der Menschheit abzuleiten.

Auch für Völker, Staaten und Nationen gilt nämlich Goethes Wort (1777):

Ach, was soll der Mensch verlangen?

Ist es besser, ruhig bleiben?

Klammernd fest sich anzuhängen?

Ist es besser, sich zu treiben?

Soll er sich ein Häuschen bauen?

Soll er unter Zelten leben?

Soll er auf die Felsen trauen?

Selbst die festen Felsen beben.

Eines schickt sich nicht für alle.

Sehe jeder, wie er's treibe,

Sehe jeder, wo er bleibe,

Und wer steht, daß er nicht falle!

Die Geschichte zeigt eindeutig, dass Freiheit, Wohlstand und ganz allgemein menschliches Wohlergehen am besten gedeihen bei einer Kombination von Demokratie, Gewaltenteilung und Marktwirtschaft.

Die Geschichte zeigt aber auch eindeutig, dass wir anderen Staaten und Völkern nicht einfach jenes Modell aufzwingen können, das wir selbst für das Beste halten. *Alles, was dauerhaft funktionieren soll, muss von innen aus einer Gesellschaft wachsen.* Der Westen hat dies immer wieder missverstanden. So scheiterten seine Interventionen von Vietnam bis Afghanistan. Auch die Interventionen der untergegangenen Sowjetunion sind übrigens sämtlich gescheitert. Und gegenwärtig erleben wir das Scheitern der französischen Bemühungen, in der Sahel-Zone eine stabile Ordnung herzustellen.

Die aktuellen Ereignisse in Afghanistan zeigen in bestürzender Anschaulichkeit, dass der Respekt vor der Souveränität fremder Länder oft auch dort die bessere Lösung ist, wo man deren innere Verhältnisse abscheulich findet.

Zwanzig Jahre lang gelang es dem Westen in Afghanistan nicht, eine verlässliche pro-westliche Führungsschicht aufzubauen, die die künftigen Geschicke des Landes in eigene Hände nehmen konnte und wollte. So war der Abzug am Ende unvermeidlich, und als

schwachsinnig erwies sie die Aussage des ehemaligen Verteidigungsministers Peter Struck (SPD): „Die Sicherheit Deutschlands wird auch am Hindukusch verteidigt.“

Für Deutschland zeigt die Katastrophe von Afghanistan ein dreifaches Staatsversagen an:

- *Intellektuell:* Inhalt und Charakter der Militäroperation waren niemals klar durchdacht worden, es fehlte von Anfang an und durchgehend eine Strategie. Die deutsche Politik schwankte zwischen Militäreinsatz und Aufbauhilfe, sie übersah Napoleons grundlegende Einsicht: „Man kann mit Bajonetten alles machen, außer auf Ihnen sitzen.“
- *Organisatorisch:* Die Bundesregierung und ihre Geheimdienste waren offenbar niemals in der Lage, sich von der Situation in Afghanistan ein zutreffendes Bild zu machen - oder die warnenden Stimmen der Experten wurde übergangen, was noch schlimmer ist. So kam es zur verheerenden Fehleinschätzung, es gebe nach dem Abzug der NATO noch Monate Zeit bis zu einem endgültigen Sieg der Taliban.
- *Moralisch:* Beim Fall von Kabul und der Machtübernahme durch die Taliban war die Rettung der Helfer und ihrer Familien noch nicht einmal eingeleitet worden. Stattdessen verstrickten sich die zuständigen Beamten in Visa-Bürokratie. Bundeskanzlerin, Außenminister und Verteidigungsministerin waren seit Monaten allenfalls für salbungsvolle Worte gut, in der Sache kümmerten sie sich nicht. In der Welt wird man sich das merken: Wer solche Freunde hat, der braucht keine Feinde mehr.

Für die im Herbst zu wählende neue deutsche Regierung stellt das Desaster zwei wichtige Lehren bereit:

- Deutschlands Sicherheit wird nicht am Hindukusch verteidigt und auch nirgendwo sonst in Afrika oder Asien, sondern ausschließlich in Europa. Die Bundeswehr muss wieder eine ernstzunehmende europäische Landstreitkraft werden, und Sicherheit ist nur gemeinsam mit unseren großen Nachbarn möglich – mit Frankreich, mit Polen und – ja - auch mit Russland.

- Interventionen in die Staatsgebiete und inneren Angelegenheiten fremder Völker sollten ohne Ausnahme unterbleiben – außer sie dienen unmittelbar der Selbstverteidigung. Die Zeit der Eroberungen ist vorbei. Parlamentarische Demokratie und das westliche Verständnis von Freiheit und Selbstversicherung lassen sich anderen Völkern, Kulturen und Gesellschaften nicht von außen aufdrücken.

In meiner persönlichen Entwicklung bin ich, was die Interventionen von Staaten in die Geschicke anderer Länder angeht, in den letzten 40 Jahren zu einem strikten Interventions-Skeptiker geworden. Schauen wir uns die Urkatastrophe Europas an, den Ausbruch des Ersten Weltkriegs, und die unglückliche Rolle, die Deutschland dabei spielte.

Das Kaiserreich Deutschland hätte im Juli 1914 dem Kaiserreich Österreich-Ungarn deutlich machen müssen, dass es trotz der Ermordung des österreichischen Thronfolgers eine militärische Intervention in Serbien nicht unterstützen werde. Und es hätte den Briten deutlich machen müssen, dass es die belgische Neutralität in jedem Falle respektieren werde.

Was wären die Folgen gewesen?

- Ob Österreich-Ungarn als Vielvölkerstaat überlebt hätte, ist ungewiss.
- Aber Deutschland würde heute noch – genau wie die Schweiz – in den Grenzen von 1914 bestehen.
- Noch wichtiger: Die russische Revolution wäre ausgefallen. Kommunismus und Stalinterror hätte sich in dieser Form nicht verbreiten können.
- Und das Allerwichtigste. Ein Gefreiter aus Österreich, der im ersten Weltkrieg in der Bayerischen Armee gedient hatte, wäre niemals deutscher Reichskanzler geworden.

Das war jetzt ein Stück kontrafaktische Geschichtsschreibung. Es zeigt ihnen aber, welche Folgen unbedachte Interventionen in die Geschicke anderer Länder haben können. Eine Anwendung dieser grundsätzlichen Überlegung auf viele Konflikte der Gegenwart ist möglich und aus meiner Sicht erwünscht.

Historisch bedingt hatte die Schweiz nie die Versuchungen und die damit verbundenen Gefährdungen, denen Deutschland ausgesetzt war. Die Schweiz war stets zu klein - und

lange Zeit auch zu arm - um militärisch jenseits ihres historischen Einzugsbereichs zu agieren. Sie war vielmehr froh und dankbar, wenn die Nachbarn sie in Ruhe ließen.

Deutschland dagegen wurde immer wieder geplagt durch Anfälle von Größenwahn, die zu Abenteuern einluden:

- Da war die mittelalterliche Kaiserwürde, die - vom Papst verliehen - die Verbindung zum Römischen Reich herstellte. Als Folge verbrachten deutsche Kaiser häufig mehr Zeit auf diversen Feldzügen in Italien als im Deutschland nördlich der Alpen, wo sie eigentlich hingehörten
- Da war und ist die deutsche geographische Lage in der Mitte Europas und das begleitende Missverständnis, man sei ein „Reich der Mitte“ mit entsprechenden Dominanzansprüchen.

Spätestens seit der Reichseinigung 1871 war es ein deutsches Problem, dass das Land zu klein für eine Weltmacht, aber zu groß und zu mächtig für Europa war.

Darum war es nach dem Zweiten Weltkrieg richtig, Deutschland in eine internationale Sicherheitsarchitektur einzubinden, für die heute die NATO steht.

Und es war richtig, 1957 mit den Römischen Verträgen einen gemeinsamen Markt mit gemeinsamen Regeln für einen fairen marktwirtschaftlichen Wettbewerb in einer Zollunion zu schaffen – analog dem 1834 gegründeten Deutschen Zollverein.

Die einfachen und klaren Regeln des deutschen Zollvereins bewährten sich im 19. Jahrhundert schnell. Sie hatten – in ihrer Struktur weitgehend unverändert – achtzig Jahre lang bis zum Ende des Kaiserreiches Bestand. Tatsächlich bildete der deutsche Zollverein die ökonomische Vorstufe für das 1871 gegründete kleindeutsche Kaiserreich. Er hätte aber auch ohne die politische Einheit Sinn gemacht.

Genau an dieser Analogie beginnt der Irrweg der europäischen Idee nach 1957.

Das Europa der Sechs, die ursprüngliche EWG, umfasste ziemlich genau das Staatsgebiet des fränkischen Reiches unter Karl dem Großen im Jahr 800, dem Zeitpunkt der Kaiserkrönung. Genau in dieser historischen und kulturellen Kontinuität schien damals die Integration

Kerneuropas zu einer neuen staatlichen Einheit möglich. Die französische V. Republik unter Charles de Gaulle wollte diesen Weg aber nicht gehen, und so kam es zunächst statt zu einer Vertiefung in mehreren Stufen zu einer Erweiterung der EWG, die in EG und schließlich in EU umgetauft wurde.

Unterstützt durch die integrationsfreundliche Rechtsprechung des Europäischen Gerichtshofs, zog die EU im Lauf der Jahrzehnte immer weitere Zuständigkeiten an sich. Meilensteine wurden gesetzt durch das freie Niederlassungsrecht für alle EU-Bürger, durch die Abschaffung der Grenzkontrollen im Schengen-Raum und durch die Einführung des Euro als gemeinsame Währung.

Hier begannen sich aber erste Bruchlinien abzuzeichnen:

- Großbritannien machte bei der Einführung des Euro nicht mit, sondern hielt am britischen Pfund fest.
- Spätestens mit der Migrationskrise 2015 wurde deutlich, dass der gemeinsame Schengenraum ohne eine gemeinsame Asyl- und Einwanderungspolitik nicht funktionieren kann.
- Die nach dem Fall der Mauer der EU beigetretenen osteuropäischen Staaten verfolgen insb. in der Einwanderungs- und Asylpolitik einen deutlich restriktiveren Kurs.
- Auch bestehen Meinungsunterschiede darüber, wie man mit den Folgen des Klimawandels politisch umgehen soll. Der insb. von Deutschland eingeschlagene Kurs wird vielfach als utopisch angesehen.

In alle diese Unsicherheiten hinein wirkte der Anfang 2021 schließlich vollzogene Austritt Großbritanniens aus der EU wie ein Donnerschlag.

Maßgebend war im Kern, dass die britische politische Kultur oberhalb des britischen Parlaments keine Entscheidungsebene anerkennen wollte, die in die britische staatliche Souveränität eingreifen kann. Der psychologisch wichtigste Aufhänger war dabei die Einwanderungsfrage.

Bislang ist nicht erkennbar geworden, dass der Austritt den Briten wirtschaftlich schadet. Das aktuelle Wirtschaftswachstum weist eher auf das Gegenteil hin.

Für mich ist entscheidend, dass es jetzt mit Großbritannien in Europa neben der Schweiz noch ein weiteres demokratisches Gegenmodell für einen erfolgreichen wohlhabenden Industriestaat gibt, der sich der supranationalen Einbindung entzieht. Sie liefern die Benchmarks, an denen sich die Europäische Union künftig immer wieder messen lassen muss. Das gilt für den Umweltschutz, die Klimapolitik, das Wirtschaftswachstum, den Massenwohlstand, die Forschungsleistung und vieles andere mehr.

International gibt es überhaupt keinen Hinweis darauf, dass die Größe eines Staates als solche ein Trumpf sein kann. Schauen wir in den Fernen Osten: China ist ohne Frage erfolgreich, groß und stark: Aber die gleichfalls von fernöstlichem Fleiß und Bildungseifer geprägten Länder wie Taiwan, Singapur, Südkorea oder Japan sind, was Produktivität, Wohlstand und Demokratie angeht, dem mächtigen China nach wie vor weit voraus.

Es ist wie in der Unternehmenswelt: Nicht die größten Unternehmen gewinnen den Markt und erfreuen die Aktionäre, sondern die besten.

Lassen wir doch den Wettbewerb entscheiden, und lassen wir nicht zu, dass die Kleinen sich von den Großen erpressen lassen.

- Ich finde es nicht schlimm, dass das geplante Binnenmarkt-Abkommen der EU mit der Schweiz zunächst einmal geplatzt ist. Der Schweizer Export wird trotzdem weiter florieren.
- Und ich finde es auch nicht schlimm, dass die Schweizer gegen ihr Klimaschutzgesetz gestimmt haben.

In 10 Jahren wird man ja sehen können, welchen relativen Erfolg die Schweiz und Deutschland bei der Reduktion der Klimagase hatten und in welchem Maße es dabei gelungen ist, die heimische Industrie zu schützen und zu transformieren.

Souveränität ist schwer erworben und leicht aufgegeben. Der Irrtum ist bei menschlichen Entscheidungen immer eingeschlossen. Umso besser, wenn man sie auch wieder revidieren kann.

Mit Mao möchte ich deshalb sagen: Lasst 100 Blumen blühen.

